

Bürgerarbeit gegen Arbeitslosigkeit

Modellprojekt ein Modell für Deutschland?

Von **Sabine Fuchs** (dpa) Magdeburg • Sachsen-Anhalt, das Land mit der zweithöchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland, sorgt derzeit mit einem Modellprojekt bundesweit für Aufsehen. „Bürgerarbeit“ heißt das Zauberwort, mit dem die Erwerbslosigkeit bekämpft werden soll. „Wir wollen Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren“, sagt einer der Erfinder, Wirtschaftsminister Reiner Haseloff (CDU).

Mit der „Bürgerarbeit“ sollen Langzeitarbeitslose, die auf dem regulären Arbeitsmarkt kaum eine Chance haben, in Beschäftigung gebracht werden. Voraussetzung: die Tätigkeit ist gemeinnützig, zum Beispiel bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Seniorenheimen, in der Kirche oder bei der Kinderbetreuung. Außerdem darf sie regulären Arbeitsplätzen keine Konkurrenz machen. Im Unterschied zum „Ein-Euro-Jobber“ erhält der „Bürgerarbeiter“ einen Arbeitsvertrag und ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Notfalls wird „Bürgerarbeit“ zwangsverordnet, denn wer Beratungsgesprächen bei der Agentur für Arbeit fernbleibt oder Qualifizierungsmaßnahmen ablehnt, wird bei der Agentur abgemeldet.

Die „Bürgerarbeiter“ sind 30 Stunden in der Woche tätig, der Rest der Zeit dient der Qualifizierung, damit eventuell doch noch der Sprung in den ersten Arbeitsmarkt geschafft werden kann. Die pauschalen Vergütungen liegen bei 675 bis 975 Euro brutto im Monat. Finanziert werden Sozialversicherungsbeiträge und Lohn von der Bundesagentur für Arbeit, dem Land und dem Europäischen Strukturfonds.

Schauplätze der „Bürgerarbeit“ sind derzeit Schmiedeberg (Landkreis Wittenberg) und Barleben (Ohrekreis). „Unsere kühnsten Erwartungen sind übertroffen worden“, schwärmt Reiner Bomba, Geschäftsführer der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit. Die Arbeitslosenquote konnte in Bad Schmiedeberg von 15,6 Prozent im September 2006 auf 7,3 Prozent im Februar 2007 reduziert werden.

Auch im jüngst gestarteten Projekt in Barleben gibt es bereits Erfolge: Bereits durch die Vorgespräche von Mitte Januar bis Mitte Februar 2007 konnte die Arbeitslosenquote der 6000 Einwohner zählenden Stadt von 8,4 auf 6,5 reduziert werden.

Doch die „Bürgerarbeit“ hat auch Kritiker: Er könne nur davor warnen, einen staatlich finanzierten dritten Arbeitsmarkt zu installieren, betont FDP-Generalsekretär Dirk Niebel. „Das wäre nichts anderes als eine Neuaufgabe der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, von denen wir zweifelsfrei wissen, dass sie den Bürgern nicht nur nicht genutzt, sondern sogar geschadet haben“.

Herbert Buscher, Arbeitsmarktexperte des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle bezweifelt, dass das Projekt flächendeckend ausgeweitet werden kann wie von seinen Erfindern angestrebt. Zwar könne es in kleinen Regionen mit einem überschaubaren Teilnehmerkreis durchaus Erfolg haben. „Doch flächendeckend ist es aus meiner Sicht nicht unter Kontrolle zu halten“.

Diese Befürchtung haben auch andere, denn wie genau will man feststellen, ob die „Bürgerarbeiter“ nicht reguläre Jobs wegnehmen oder unterwandern? Doch trotz dieser Bedenken sorgt das Projekt bundesweit für Aufsehen. „Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen, Thüringen, Hessen, Rheinland-Pfalz, sie alle haben bereits Interesse bekundet“, sagte Bomba.